

VERTRAULICH

P.B. Nr. 13 - HO/RW

Harare, den 23. September 1993

### Namibia: Ruhige Umwandlung der letzten Kolonie Schwarzafrikas in einen funktionierenden demokratischen Staat (Schlussbericht)

Seit UN-Generalsekretär Perez de Cuellar am 20. März 1990 um Mitternacht im Windhoek Athletic Stadium die ehemalige deutsche Kolonie Südwestafrika in die Unabhängigkeit entlassen hat, ist die junge Republik Namibia weitgehend aus dem Blickwinkel der Weltöffentlichkeit verschwunden. Während die Medien fleissig über den Bürgerkrieg im benachbarten Angola und das Gemetzel in den südafrikanischen Townships berichten, scheint wenig zu interessieren, dass sich im 824'269 km<sup>2</sup> grossen Namibia mit seinen etwa 1,5 Mio. Einwohnern in den 3 1/2 Jahren Unabhängigkeit eine bemerkenswert positive Entwicklung angebahnt hat: Die nationale Versöhnung zwischen Weiss und Schwarz macht Fortschritte, das parlamentarische Mehrparteiensystem und die unabhängige Justiz funktionieren, die Presse ist frei, die Menschenrechtsbilanz einigermaßen akzeptabel und die Wirtschaft zeigt Erholungstendenzen. Präsident Sam Nujoma - ehemaliger SWAPO-Guerillaführer - überlässt die täglichen Geschäfte seinem Premierminister Hage Geingob und gefällt sich in der Rolle des lächelnden Landesvaters; sein Regierungsstil hebt sich wohltuend vom autokratischen Gehabe seines zimbabwischen Kollegen Mugabe ab. Erstaunlich ist, wie das SWAPO-Regime mit der kolonialen Vergangenheit zu leben weiss und für Schwarze vielfach provozierend wirkende Denkmäler unbehelligt gelassen hat. Namibia, das rund 70 Jahre unter der Mandatsherrschaft Südafrikas stand, könnte in mancher Hinsicht als Modell für eine friedliche Transformation des südafrikanischen Apartheid-Systems dienen. Vor allem die Tatsache, dass es der von Pretoria jahrelang als "Terroristenorganisation" gebrandmarkten SWAPO nach fast 25-jährigem Kampf aus dem Exil gelungen ist, sich von einer Befreiungsbewegung in eine politische Partei sozialdemokratischer Prägung umzuwandeln, scheint nicht in das Bild des heute weitverbreiteten Afrikapessimismus zu passen. Die junge Demokratie, die noch sehr schwierige sozio-ökonomische Probleme zu lösen haben wird, verdient Sympathie und Unterstützung von seiten der int. Gemeinschaft - auch der Schweiz.

\* \* \*

**Innenpolitisch** ist die Lage stabil und frühere Befürchtungen, dass angesichts einer wachsenden Frustration der Massen in der SWAPO der Hardliner-Flügel an Einfluss gewinnen könnte, haben sich bisher nicht bewahrheitet. Obwohl die heikle Landreformfrage noch nicht vom Tische ist und die Namibian National Farmers Union die Regierung zur Uebernahme des zimbabwischen Landumverteilungs-Modells drängt, rechnen politische Beobachter nicht mit einschneidenden Massnahmen. Während Klagen über Korruption eher in den Hintergrund getreten sind,



wird dem allmächtigen Innenministerium Willkür insbesondere bei der Anwendung der Immigrationsgesetzgebung vorgeworfen. Im übrigen scheint das Meckern über die Unfähigkeit der schwarzen Administration bei vielen Weissen beinahe zum guten Ton zu gehören.

Weiter gewachsen ist die bis in SWAPO-Kreise hineinreichende Besorgnis über die fortschreitende Erosion der politischen Opposition, die Namibia längerfristig völlig demokratisch in einen de facto-Einparteistaat umwandeln und damit die Glaubwürdigkeit des Modells beeinträchtigen könnte. Hauptgrund für diesen unerfreulichen Trend ist die Profilierungsschwäche der DTA/Democratic Turnhalle Alliance, die bei den Wahlen vom November 89 von insgesamt 72 Parlamentssitzen 21 gewann (SWAPO 41 Sitze), jedoch bei den im Dezember 92 landesweit durchgeführten Regional- und Lokalwahlen sehr schlecht abschnitt und die SWAPO über Zweidrittel aller Stimmen gewinnen liess (die SWAPO kontrolliert jetzt den Nationalrat als neue zweite Parlamentskammer). Nachdem der DTA-Gründer Dirk Mudge die baldige Aufgabe seines Parlamentssitzes angekündigt hat und die DTA Mühe haben dürfte, ein zügiges und sich von der SWAPO abhebendes Parteiprogramm zu entwerfen, scheinen die Aussichten der stärksten Oppositionspartei für die Ende 94 fälligen allgemeinen Wahlen wenig rosig. Die SWAPO als Regierungspartei gewinnt auch für weisse Geschäftsleute zunehmend an Attraktivität. Ob eine geplante Koalition von drei der kleineren Oppositionsparteien (darunter die UDF mit 4 und die NPF mit 1 Sitz) die schwach und orientierungslos wirkende Opposition zu stärken vermag, scheint eher fraglich. Nicht ausgeschlossen ist, dass sich eines Tages eine Opposition aus der SWAPO selbst herausentwickelt.

Dass die SWAPO angesichts ihrer wachsenden politischen Machtstellung in die Privilegien der unverändert die Wirtschaft kontrollierenden weissen Minderheit eingreifen könnte, ist - zumindest für absehbare Zeit - nicht zu befürchten. Einmal wacht die int. Gebergemeinschaft über das demokratische Wohlverhalten der namibischen Führung; aber vielleicht noch wichtiger ist der von den SWAPO-Führern im angolanschen Exil erhaltene Anschauungsunterricht, der sie vor gesellschaftspolitischen Abenteuern abhalten dürfte. Dennoch bleibt die Rekonziliation, d.h. Versöhnung zwischen den privilegierten Weissen (mit ca. 80'000 rund 6% der Gesamtbevölkerung, davon zwei Drittel in Namibien geboren) und den letztlich weiterhin von ihren ehemaligen Kolonialherren abhängigen Schwarzen und Mischlingen die Hauptaufgabe des jungen Staates. Die "Vernunftsheirat zwischen Weiss und Schwarz mit Gütertrennung" stellt die schwarze Führung vor die schwierige und undankbare Aufgabe, die zunehmend frustrierte Basis zur Geduld aufzurufen und klarzumachen, dass wirtschaftliche Entwicklung und Umverteilung höchstens in grossen Zeiträumen realisiert werden kann. Es könnte sich als verhängnisvoll erweisen, wenn die bisher erstaunliche Friedfertigkeit der Schwarzen die weisse Minorität dazu verleiten würde, den status quo als selbstverständlich zu nehmen und die geforderte Kommunikation mit der unterprivilegierten Mehrheit zu versäumen.

Obwohl das hohe Bevölkerungswachstum von 3%, die über 40%ige Arbeitslosigkeit, die rasch fortschreitende Abwanderung in die Städte, die Koexistenz von Erst- und Drittwelt etc. einer sozialen Zeitbombe gleichkommen, ist die wirtschaftliche Zukunft Namibias

nicht ohne Hoffnung. Namibia, das sich gerne am prosperierenden Botswana misst, verfügt nämlich über einige nicht zu unterschätzende Trümpfe: Politische Stabilität, kleine Bevölkerung, verkehrsmässige Zugänglichkeit (Tiefseehafen Walvis Bay, Transkalahari Highway) und relativ diversifizierte Wirtschaft mit verschiedenen Standbeinen (Fischerei und Tourismus mit besten Wachstumschancen). Während im Dürrekatastrophenjahr 92 die wirtschaftliche Wachstumsrate nahe Null lag, wird für 93 mit 3% und 94 sogar 7-8% gerechnet; die Inflation bewegt sich z.Z. um 8%. Mit der Mitte September 93 erfolgten Einführung des namibischen Dollar (der südafrikanische Rand bleibt vorläufig gültiges Zahlungsmittel) bezweckt Namibia namentlich die allmähliche Lockerung seiner starken wirtschaftlichen Abhängigkeit von Südafrika, dessen Zukunft noch unsicher erscheint.

**Aussenpolitisch** verfolgt der junge Staat einen gemässigt-pragmatischen Kurs, bei dem das Verhältnis zu Südafrika, die regionale Zusammenarbeit sowie die Beziehungen zu den westlichen Geberstaaten natürliche Schwerpunkte bilden. Darüber hinaus vollzieht sich die Aussenpolitik gewissermassen auf zwei Ebenen: Präsident Nujoma pflegt vor allem einen drittweltpolitisch-nostalgischen Stil und zahlt mit Besuchen in Staaten wie Kuba, Nordkorea und Iran alte revolutionäre Schulden ab. Die intensive Auslandsreisetätigkeit von Premierminister Geingob und Aussenminister Gurirab - die beide für die Anliegen der Weissen Namibias Verständnis zeigen - scheint mehr wirtschaftsdiplomatisch ausgerichtet.

In jüngster Zeit konnte die sichtlich initiativer gewordene namibische Diplomatie zwei bemerkenswerte Erfolge verbuchen. Für die meisten Beobachter eher unerwartet kam die am 8. September 93 zwischen den Aussenministern Namibias und Südafrikas erzielte Einigung, dass der bisher unter Joint Administration stehende Tiefseehafen Walvis Bay voraussichtlich am 1. März 94 an Namibia übergeben wird (vor der endgültigen Uebergabe soll die künftige Staatsangehörigkeit der Bewohner in einer Volksbefragung geklärt werden). Damit ist der politische Hauptstreitpunkt mit Südafrika - zur grossen Erleichterung Windhoeks - noch vor Einsetzung der Interimsregierung aus dem Wege geräumt. Namibia kann sich nun vermehrt auf die mit Südafrika bestehenden wirtschaftlichen Probleme konzentrieren; darunter fällt namentlich die Neudefinierung der Mitgliedschaft in SACU (Southern African Customs Union), die viele namibische Geschäftsleute etwas als Hindernis für die Entwicklung einer eigenständigen Industrie empfinden. Einen weiteren Erfolg erzielte Windhoek kürzlich an der SADC-Gipfelkonferenz in Swasiland, wo ein Namibier als Nachfolger des Zimbabwers S. Makoni zum neuen SADC-Generalsekretär gewählt wurde.

Die Hoffnungen Namibias, als natürliche Verbindung zwischen dem potentiell reichen Angola und Südafrika auch wirtschaftlichen Nutzen zu ziehen, blieben wegen des in Angola weitergehenden Bürgerkrieges bisher unerfüllt. Hatte Windhoek, das sich aktiv um Friedensvermittlung bemüht, grössere Flüchtlingsströme aus Angola befürchtet, so hat sich diesbezüglich die Lage entspannt. Die Beziehungen zu Botswana sind trotz eines zu sporadischen Friktionen führenden Territorialstreites um eine unbewohnte Insel im Chobe Fluss gut. Zu

- 4 -

Zimbabwe, dessen Präsident letzten April bei seinem Staatsbesuch in Windhoek mit einer "Mugabe Road" geehrt wurde, hat sich das Verhältnis erheblich verbessert.

Letzten Juni besuchte Nujoma Washington und war damit der erste schwarzafrikanische Präsident, der von Clinton empfangen wurde; für die USA hat Namibia nach der traurigen Entwicklung in Angola als demokratisches Modell noch an Bedeutung gewonnen. Nachdem ein Besuch Nujomas in den skandinavischen Staaten - unter denen insbesondere Schweden die Exil-SWAPO stark unterstützt hatte - mehrmals verschoben werden musste, soll dieser nun Ende Oktober stattfinden. Die grössten Hilfszusagen machten nach der namibischen Unabhängigkeit die skandinavischen Staaten sowie die BRD, die durch die von 1884-1915 dauernde deutsche Kolonialherrschaft bzw. die 20-25'000 deutschstämmigen Namibier (davon ca. 10'000 mit deutscher Staatsangehörigkeit) mit Namibia besonders verbunden ist. Der umsichtige Entscheid, das noch wenig verbreitete Englisch als offizielle Sprache einzuführen, eröffnet Namibia wertvolle Verbindungen zu den Commonwealth-Ländern.

Der Schweizerische Botschafter:



(P. Hollenweger)